



Andreas Storm

Brief aus Berlin

Berlin Brief



Ausgabe
April 2009

Editorial

Liebe Leser,

auch die aktuelle Ausgabe des Briefes aus Berlin steht unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise. Bereits im vergangenen Jahr reagierte die Bundesregierung mit dem sog. Bankenrettungsschirm schnell und umsichtig auf die beginnende Finanzkrise. Nicht nur die Sicherstellung des Banken- und Finanzmarktes wurde und wird durch diese Maßnahme gewährleistet, sondern auch die zahlreichen Geldeinlagen der Bürgerinnen und Bürger sind mit diesem Gesetz gesichert. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, das Mitte Februar in die Wege geleitet und wenige Tage später durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, hat die Bundesregierung die Erfahrungen der letzten Monate gesammelt und reagiert. Mehr hierzu lesen Sie mehr im Artikel auf Seite 2.

Zwei hochinteressante Forschungsprojekte konnte ich am Montag, den 30. März in meinem Wahlkreis Darmstadt starten. Gemeinsam mit vietnamesischen Partnern in Hanoi erforscht die TUD derzeit die Möglichkeit der Abwasserentsorgung in schnell wachsenden Städten. Hierzu konnte ich den Startschuss für eine Pilotanlage in Darmstadt geben. Mit dem zweiten Projekt, der Erforschung leistungsfähiger Lithium-Ionen-Batterien, beschäftigt sich derzeit die Darmstädter Firma Merck. Insgesamt werden am Darmstädter Standort rund 2,2 Mio. € in die Entwicklung hochreiner Elektrolyte investiert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung beteiligt sich an dem Forschungsvorhaben mit über 900.000 €.

Ein weiteres wichtiges Thema, den es auch in Zeiten der Krise nicht zu vernachlässigen gilt, ist die Stärkung des Ehrenamtes. Erst durch dieses bürgerschaftliche Engagement in all seinen verschiedensten Facetten wird unsere Gesellschaft lebendig

und mit Leben und commonsinn erfüllt. Deshalb soll künftig in jeder Legislaturperiode ein umfassender Bericht vorgelegt werden, der dieses ehrenamtliche Engagement darstellt und bei seiner Weiterentwicklung hilft.

Zum Schluss noch einen Tipp für kunstinteressierte Besucher: In Berlin wird derzeit die überaus interessante Ausstellung von Annie Leibovitz, einer der bekanntesten US-Fotografinnen gezeigt. Mehr dazu im Bericht auf Seite ...

Viel Spaß bei der Lektüre!

Herzlichst aus Berlin

Ihr

In dieser Ausgabe

1. **Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz**
2. **„In“ in Berlin- Annie Leibovitz**
3. **Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern**
4. **Im Wahlkreis**

Impressum:

Kontakt/ V.i.S.d.P.:

Andreas Storm, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/ 227 74805
Fax: 030/ 227 76321

Weitere aktuelle Informationen finden Sie auf meiner Homepage unter: www.andreasstorm.de

Bestellen Sie sich den Berlin-Brief bequem und direkt auf Ihren PC: <http://www.andreasstorm.de/index.php?id=31>
E-Mail: andreas.storm@bundestag.de

Finanzmarktstabilisierungs- ergänzungsgesetz

Das Finanzmarktstabilisierungs- ergänzungsgesetz (FMStErgG)

Die seit dem Sommer 2007 als Bankenkrise in den USA ihren Ausgang nehmenden Turbulenzen auf dem Geld- und Kapitalmärkten haben sich zu einer weltweiten Finanzmarktkrise entwickelt. Das im Oktober 2008 verabschiedete Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) hat durch Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds wesentlich zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes beigetragen.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Deutschen Bundestag: Deutschland steht vor einer wirtschaftlich schwierigen Phase

Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die seit dem Inkrafttreten der Bestimmungen gesammelten Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass die geschaffenen Rahmenbedingungen im Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz und die gesellschaftsrechtlichen Begleitmaßnahmen für Rekapitalisierungsmaßnahmen in einigen Punkten ergänzt werden müssen, um dem Fonds eine flexiblere Handhabung der vorhandenen Stabilisierungsinstrumente und dem Bund eine erleichterte Übernahme zum Zwecke der Stabilisierung zu ermöglichen.

Hierzu wurde das Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung des Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG), auch Rettungsübernahmegesetz genannt, von der Bundesregierung am 18. Februar eingeleitet. Die Zentrale Berlin-Brief April 2009

Neuerung des Gesetzes ist die Möglichkeit zur **vorübergehenden** Verstaatlichung angeschlagener Banken für einen befristeten Zeitraum, notfalls auch durch eine Enteignung der Aktionäre.

Der Gesetzesentwurf sieht vor allem Verbesserungen bei den Begleitregelungen im Gesellschaftsrecht vor, damit die Stabilisierungsmaßnahmen zukünftig selber schnell greifen können. Diese Änderungen gelten nur für Unternehmen, die die Leistungen des Stabilisierungsfonds in Anspruch nehmen wollen.

Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass es Fälle gibt, in denen sich Stabilisierungsmaßnahmen auf zivilrechtlichem Wege nicht mit der notwendigen Transaktionssicherheit umsetzen lassen.

Im Zuge dieser Finanzkrise und vergangenen Krisen haben auch Staaten wie Großbritannien und Schweden in den 1990er Jahren die Erfahrung gemacht, dass es in Einzelfällen zum Zwecke der Finanzmarktstabilisierung erforderlich sein kann, ein Unternehmen des Finanzsektors **zeitweise** zu verstaatlichen, um die notwendige Stabilität zu sichern. Eine entsprechende Regelung ist nun auch in diesem Gesetzesentwurf vorgesehen.

Um das öffentliche Gut „Finanzmarktstabilität“ zu sichern, schafft der Gesetzgeber nunmehr eine **zeitlich befristete** Möglichkeit, als „**ultima ratio**“ Anteile an einem Unternehmen des Finanzsektors und Wertpapierportfolien gegen angemessene Entschädigungen zugunsten des Bundes oder des Finanzmarktstabilisierungsfonds zu verstaatlichen. Die Enteignung ist indes nur zulässig, wenn andere rechtlich und wirtschaftlich zumutbare Lösungen zur Sicherung der Finanzmarktstabilität nicht zur Verfügung stehen.

Die Möglichkeit ein Enteignungsverfahren einzuleiten, endet am 30. Juni 2009. Die rechtliche Überprüfung der Zulässigkeit des Verfahrens liegt beim Bundesverwaltungsgericht. Die zu enteignenden Aktionäre sollen eine angemessene Entschädigung erhalten. Wird die verstaatlichte Bank wieder in den Privatbesitz zurückgeführt, so erhalten die enteigneten Aktionäre für die Anteile ein Vorzugsrecht.

Weitere Informationen finden Sie zum Thema:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

„In“ in Berlin

Annie Leibovitz

Anna-Lou „Annie“ Leibovitz, am 1. Oktober 1949 in Westbury, Connecticut geboren, ist eine US-amerikanische Fotografin. Sie studierte Malerei und Fotografie am San Francisco Art Institut und begann 1970 ihre Karriere als Fotografin beim Rolling Stone Magazin. Sie ist die bedeutendste Ikonographin der amerikanischen Popkultur.

In Berlin gastiert derzeit eine große Ausstellung im „C/O Berlin“ von Annie Leibovitz. Das „C/O Berlin“ (Care Off) erinnert an den einstigen Poststellungsbetrieb. Das C/O ist keine Galerie und auch kein Museum, sondern ein aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgerufenes Kulturinstitut.



Die Fotografin ist wohl eine der bekanntesten und bestbezahltesten Fotografinnen der Welt. Leibovitz hat in den vergangenen drei Jahrzehnten die Schönen, die Reichen und

Berlin-Brief April 2009

die Mächtigen abgelichtet, wie auch ihre vom Krebs gekennzeichnete Lebensgefährtin, die Schriftstellerin Susann Sontag, auf dem Todesbett. Weiterhin ist Annie Leibovitz bekannt für ihre gründliche Vorbereitung – wenn sie einen Schriftsteller porträtiert, liest sie seine Werke, bevor Sie Barischnikow fotografiert, sieht sie ihn tanzen, und inszeniert, Licht, Kulisse, Requisite oder Kostüme bis ins letzte Detail.

Im „C/O Berlin“ sind alle bekannten Werke der Fotografin zu sehen, von der hochschwangeren, Demi Moore, von Whoopie Goldberg in einer Badewanne voll Milch oder, dass wohl berühmteste, vom John Lennon.



Die Ausstellung „A Photographer's Life“ ist erstmals und als einzige Station in Deutschland noch bis 24. Mai 2009 zu sehen. Sie umfasst insgesamt 200 teils großflächige, monochrome Landschaftsaufnahmen, teils private Familienfotos und kleinformatige Schwarz-Weiß-Porträts. Zur Ausstellung ist 2007 im Verlag Schirmer/Mosel ein Katalog erschienen.

Weitere Informationen finden Sie unter :

Annie Leibovitz, A Photographer's Life. Verlag Schirmer/Mosel. 472, davon 343 Tafeln in Farbe und Duotone, 78 €

Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern

Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern, gestalten und evaluieren

Sich verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen, der demographische Wandel, Zu- und Abwanderung sowie die zunehmende Vielfalt von Lebensstilen stellen die Gesellschaft vor Herausforderungen, die zukunfts- und nachhaltig nur im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft zu bewältigen sind. Unverzichtbarer Bestandteil ist in einer solchen Kooperation das bürgerschaftliche Engagement. Es stellt eine wichtige Ressource des Gemeinschaftslebens dar, hält es doch die Gesellschaft zusammen und sichert den Zusammenhalt zwischen den Generationen.



Quelle: Logo der Landesarbeitsgemeinschaft PRO EHRENAMT im Saarland
Gestaltet von Wendling-Konzepte

Wer sich freiwillig engagiert, leistet einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität, Eigeninitiative und Verantwortung setzen kann. Bürgerschaftliches Engagement hilft aber auch, die Situation des Einzelnen zu verbessern, indem es die Teilhabe an der Gesellschaft stärkt und die Integration fördert.

Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der damaligen Situation hat die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 2002 politische Strategien und Maßnahmen erarbeitet, um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu fördern. Der Enquete-Bericht sieht

Berlin-Brief April 2009

Engagementförderung als Querschnittsaufgabe an, die durch stärkere Kooperation von Verwaltung, Politik und Fachressorts sowie ressortübergreifende Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Organisationen sowie der Wirtschaft bestmöglich umgesetzt werden könne. Angeregt wurde, staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen hinsichtlich der Förderung bürgerschaftlichen Engagements weiterzuentwickeln und Verwaltungen zu entbürokratisieren und transparenter in ihrer Arbeit zu gestalten. Die Unterstützung engagementfördernder Infrastrukturen wurde gefordert.

Eine Reihe von Vorschlägen des Berichtes der Enquete-Kommission wurde bereits in umgesetzt. So wurde der parlamentarische Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement implementiert. Dieser erfährt große Resonanz von den Akteuren der Bürgergesellschaft.

Diese Arbeit fortführend hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements unternommen. So wurden mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die steuer- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Jahr 2007 erheblich verbessert. Hierzu hatte ich die Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen aus meinem Wahlkreis Darmstadt und Darmstadt/Dieburg im Jahr 2007 im Vorfeld der Beratungen des Gesetzes zu einer Veranstaltung mit dem sport- und ehrenamtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert MdB, eingeladen. Auf der Ebene der Kommunen und der Länder haben sich engagementpolitische Agenden herausgebildet.

Mit dem neuen Gesetz möchte die Bundesregierung die Voraussetzungen schaffen, dass künftig pro Legislaturperiode ein wissenschaftlicher Bericht einer jeweils neu einsetzenden Sachverständigenkommission mit Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt wird, der auf Schwerpunkte die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements konzentriert darstellt.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/buergerschaftliches-engagement.html>

Im Wahlkreis

Ziel: Bessere Batterien für Elektroautos

*Wissenschaft: Merck entwickelt Elektrolyte –
Forschungsministerium schießt 900 000 Euro zu*

Dem herkömmlichen Verbrennungsmotor im Auto geht über kurz oder lang der Sprit aus, weil die Erdölvorkommen endlich sind. Ob einem Antrieb mit elektrischer Energie, gespeichert in Batterien, die Zukunft gehört, weiß niemand genau. Doch dass die Entwicklung leistungsfähigerer Batterien eine lohnende Strategie ist, wird niemand bezweifeln. In diesem Markt will Merck kräftig mitmischen und hat dafür gute Voraussetzungen. So ist das Darmstädter Unternehmen nach eigenen Angaben europaweit der einzige Hersteller von Elektrolyten, wie sie für Lithium-Ionen-Batterien gebraucht werden. Elektrolyte sind Lithiumsalze in organischen farblosen Lösungsmitteln, die in Lithium-Ionen-Batterien (Li-Io) dafür sorgen, dass die positiv geladenen Ionen von der Kathode zur Anode fließen.



*Bildungs- und Forschungsstaatssekretär Andreas Storm
im Labor von Merck Darmstadt*

Nachdem Merck schon im vergangenen Jahr im Zweig „Mobile Energy“ zwei vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Projekte in Zusammenarbeit mit dem VW-Konzern gestartet hatte, steht nun der nächste Schritt an. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Andreas Storm, übergab gestern zwei Bewilligungsbescheide über zusammen 900 000 Euro. Damit und mit 1,3 Millionen Euro eigener Mittel will Merck

hochreine Elektrolyte entwickeln, wie sie für Li-Io-Batterien gebraucht werden.

Diese Batterien sollen die heute noch üblichen Nickel-Metall-Hydrid-Batterien ablösen, denn sie sind kleiner, leichter und leistungsfähiger. Sie werden in Hybrid-Autos – ein Elektromotor ergänzt den Verbrennungsmotor – und auch in reinen Elektrofahrzeugen eingesetzt. So will Mercedes noch in diesem Jahr ein Hybrid-Fahrzeug der S-Klasse mit Li-Io-Batterie auf den Markt bringen. Es wäre nach den Worten von Klaus Bofinger, im Unternehmensbereich Chemie für „Advanced Technologies“ zuständig, das erste Großserienauto mit Li-Io-Batterien.

Insgesamt fördert die Bundesregierung die Forschung zur Elektromobilität in den nächsten Jahren mit 700 Millionen Euro. Merck wird sich dabei im Verbund mit Partnern – Automobilbauer Daimler AG, Continental AG und Batterieproduzent Li-Tec Battery (Kamenz, Sachsen) – um bessere Elektrolyte kümmern. Mit ihrer Hilfe sollen die Li-Io-Batterien eine höhere Energiedichte und eine längere Lebensdauer bekommen sowie sicherer werden.

Wie Projektleiter Michael Schmidt erläuterte, gibt es bei der Charakteristik von Li-Io-Batterien ein Gegensatzpaar: Entweder man erzielt eine hohe Kapazität, was eine große Reichweite garantiert, oder eine schnelle Leistungsabfrage, das heißt, das Auto wäre spritziger. Das Minimal-Ziel, so Schmidt, ist eine Reichweite von 200 bis 300 Kilometern.

Merck will durch die Entwicklung von geeigneten Elektrolyten das Seine beitragen. Zum einen geht es um Li-Io-Batterien für Hybridfahrzeuge, zum anderen um solche für reine Elektroautos. Bofinger hofft, dass sein Unternehmen dadurch einen Entwicklungsvorsprung erlangt, verdeutlichte aber, dass man keineswegs Batterien bauen werde. Die in Darmstadt produzierten Elektrolyte würden bei den Batterie-Herstellern noch weiterentwickelt. So will das sächsische Unternehmen Li Tec Battery ab 2011 Li-Io-Batterien produzieren, die bis zu 20 000 Ladevorgänge aushalten.

Storm erklärte, Deutschland wolle nach der derzeitigen Finanzkrise stärker dastehen als vorher. Deshalb müsse der langjährige Exportweltmeister an der Spitze des Fortschritts dabei sein. Ziel müsse sein, die besten Elektroautos der Welt herzustellen.

Quelle: Darmstädter Echo

Angepasste Abwassertechnik für rasant wachsende Städte

*Staatssekretär Storm eröffnet am 30.3.2009 Versuchsanlage
an der TU Darmstadt*

Die Technische Universität Darmstadt hat in Darmstadt eine Pilotanlage zur Abwasserentsorgung in schnell wachsenden Städten Asiens eingerichtet. Das Konzept soll nach der Erprobungsphase in wenigen Jahren in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi eingesetzt werden.

Die Versuchsanlage wurde am 30. März 2009 vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Andreas Storm, auf dem Versuchsgelände der TU Darmstadt eingeweiht. Die Versuchsanlage wird im Rahmen des Forschungsprojektes „Lösungen für semizentrale Ver- und Entsorgungssysteme urbaner Räume am Beispiel von Hanoi, Vietnam“ vom BMBF gefördert.

Ziel des interdisziplinären Kooperationsprojekts der Technischen Universität Darmstadt, der Hanoi University of Civil Engineering und der Passavant Roediger GmbH ist es, am Beispiel eines Teilgebietes von Hanoi eine Lösung zu entwickeln, die zur Sanierung bestehender Wasserver- und Entsorgungsstrukturen beiträgt und gleichzeitig den Bau von angepassten und integrierten Infrastruktursystemen in Neubaugebieten Hanois ermöglicht. Prof. Dr. Peter Cornel, Leiter des Fachgebiets Abwassertechnik an der TU Darmstadt, erläuterte die Ziele: „Die anhaltende Urbanisierung in vielen Teilen der Welt führt auch in Hanoi zu einem rasanten, unkontrollierbaren Stadtwachstum, das nach einem flexiblen Infrastruktursystem verlangt. Der semizentrale Ansatz soll eine Möglichkeit aufzeigen, wie die angespannte Abwasserentsorgungssituation im Bestand verbessert werden kann. Gleichzeitig bietet der Ansatz eine integrierte Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, die flexibel und nachhaltig an Neubauvorhaben angepasst werden kann.“

Staatssekretär Andreas Storm verdeutlichte die Bedeutung des Kooperationsprojekts: „An der TU Darmstadt hat sich ein Schwerpunkt der Wasserforschung in Deutschland entwickelt. Die hier in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern entwickelten Konzepte und Systeme werden dazu beitragen, weltweit den nachhaltigen und zukunftsfähigen Umgang mit der kostbaren Ressource Wasser zu fördern.“

Mit den Forschungsergebnissen soll die optimale Größe eines Ver- und Entsorgungszentrums (VEZ) ermittelt werden, die an die sich ständig verändernden Bedingungen in schnell wachsenden Städten optimal angepasst werden kann. Zentrale Systeme technischer Ver- und Entsorgung stoßen bei schnellem urbanen Wachstum, wie es in ostasiatischen Ländern vielfach zu finden ist, schnell an ihre Grenzen, da sie nur eingeschränkt an die sich ändernden Bedingungen angepasst werden können.

Gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit in dicht besiedelten urbanen Räumen einen professionellen Betrieb der technischen Ver- und Entsorgung anzubieten, der eine hohe Versorgungssicherheit und verlässliche Hygienestandards ermöglicht. Dezentrale Lösungen auf Gebäude- oder Wohnblockebene scheiden in (zukünftigen) Millionenstädten daher aus der Betrachtung. Der „semizentrale“ Ansatz bewegt sich zwischen den klassischen Ebenen „zentral“ und „dezentral“. Er soll die Vorteile beider Systeme verbinden während deren Nachteile minimiert bzw. vermieden werden. Das in der Versuchsanlage umgesetzte Konzept sieht eine kombinierte Behandlung von Abwasserschlämmen aus bestehenden Klärgruben mit Abwässern aus der Kanalisation neuer Siedlungsgebiete sowie Bioabfällen von Haushalten, Märkten oder Restaurants vor. Durch die Entwicklung eines modularen Baukastensystems soll eine dynamische Anpassungsfähigkeit entsprechend dem jeweiligen Bedarf der wachsenden Stadt ermöglicht werden. Der Container der Versuchsanlage ist in drei Bereiche unterteilt: Aufbereitung, Faulung und Steuerung. In der Aufbereitung werden Schlämme aus Faulgruben und Bioabfälle vorbehandelt und anschließend im Vorlagebehälter mit kommunalem Klärschlamm vermischt. Die aus den Inputmaterialien erstellten Mischungen werden in die benachbarten Faulbehälter gepumpt und unter Luftabschluss bei erhöhter Temperatur stabilisiert. Der Maschinenbetrieb sowie die Messtechnik werden hierbei über die Regeltechnik gesteuert. Eines der Forschungsziele ist, durch die Variation der Mischungsverhältnisse der Inputmaterialien, die durch die Faulung entstehende Biogasmenge zu maximieren. Des Weiteren wird durch die Behandlung bei erhöhter Temperatur eine weitgehende Hygienisierung des Faulschlammes angestrebt, der für die Produktion eines nährstoffreichen Düngers geeignet ist.

Quelle: TU Darmstadt